

29.06.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,

Sie verhandeln in diesen Tagen über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025. Wir sind zutiefst besorgt über die drohenden Kürzungen und rufen Sie auf, Ihren Kurs zu korrigieren.

In einer Zeit, in der der internationale Druck auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland steigt, sich die Klimakrise verschärft und die soziale Ungleichheit zunimmt, braucht es eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die aktuellen nationalen und internationalen Herausforderungen anerkennt, den sozialen Zusammenhalt stärkt und mutig in die Zukunft investiert.

Lassen Sie nicht länger zu, dass notwendige Investitionen in Klimaschutz, die soziale Sicherung, Demokratieförderung oder zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur gegeneinander ausgespielt werden. Das fördert die Entsolidarisierung unserer Gesellschaft und spielt den Feinden unserer Demokratie in die Hände.

Die Kürzung von öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge und Klimaschutz wird besonders diejenigen hart treffen, für die sich der finanzielle Druck aufgrund der Krisen der vergangenen Jahre bereits deutlich erhöht hat. Ein Fünftel der Bevölkerung ist bereits heute von Armut bedroht und kann weitere Einschnitte nicht mehr auffangen. Aber auch darüber hinaus, bis in die Mittelschicht hinein, sind gestiegene Mieten, Lebensmittel- und Energiepreise zu einer Belastung geworden.

Anstatt Ausgaben zu kürzen, fordern wir Sie auf, die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu erhalten. Wir brauchen einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern in einem sich wandelnden Lebens- und Arbeitsumfeld die notwendige Sicherheit bietet, sie bei notwendigen Klimaschutzmaßnahmen gezielt unterstützt, die Modernisierung der

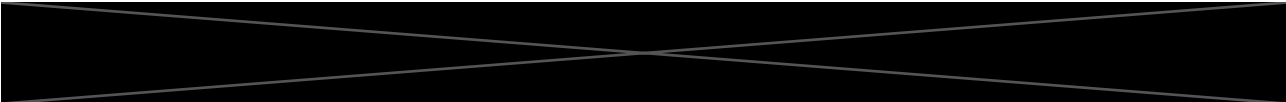
öffentlichen Infrastruktur vorantreibt und mit der Dekarbonisierung der Wirtschaft die Chancen für zukünftigen Wohlstand eröffnet.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, alle Möglichkeiten einer erweiterten Kreditaufnahme für den Bundeshaushalt 2025 auszuschöpfen und die angekündigten Kürzungen abzuwenden. Folgen Sie den Empfehlungen zahlreicher nationaler und internationaler Wissenschaftler*innen und Institutionen für eine Ausweitung der Nettokreditaufnahme. Die notwendige Reform der Schuldenbremse darf nicht länger blockiert werden. Es besteht Einigkeit darin, dass die Schuldenbremse einerseits in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs mehr Spielraum für wohlfördernde Maßnahmen lassen und andererseits mehr Investitionen ermöglichen muss.

Angesichts des massiven Investitionsstaus in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Kultur, Gesundheitswesen sowie bezahlbarer Wohnraum braucht es eine bedarfsgerechte Steigerung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Hinzu kommen die steigenden Bedarfe für sozial gerechten Klimaschutz und Klimaanpassung. Dies macht es notwendig, Zukunftsinvestitionen von der Schuldenbremse auszunehmen und per Kreditaufnahme zu finanzieren.

Wir fordern Sie daher eindringlich auf: Stoppen Sie die Kürzungen, stärken Sie die Demokratie und erneuern Sie Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, in die Modernisierung dieses Landes zu investieren.

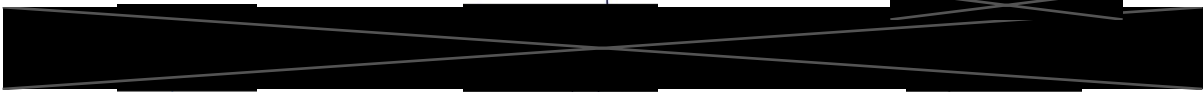
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführende Vorständin
Klima-Allianz Deutschland

Stefan Körzell
Mitglied des
Geschäftsführenden DGB-
Bundesvorstands


Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident Deutscher
Naturschutzring



Olaf Zimmermann
Geschäftsführer Deutscher
Kulturrat

Michael Groß
Vorsitzender Präsidium AWO
Bundesverband

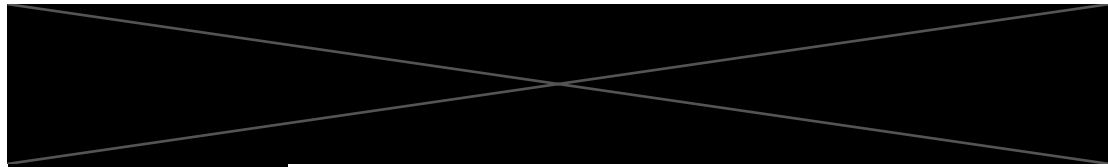
Olaf Bandt
Vorsitzender Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland



Lukas Siebenkotten
Präsident Deutscher
Mieterbund

Pfarrer Rüdiger Schuch
Präsident Diakonie
Deutschland


Landeskirchenrat Dr. Jan-Dirk
Döhling, Leiter Institut für Kirche
und Gesellschaft der
Evangelischen Kirche von
Westfalen



Joachim Hagelskamp,
Stv. Hauptgeschäftsführung
Der Paritätische
Gesamtverband

Michaela Engelmeier
Vorstandsvorsitzende
Sozialverband Deutschland


Carl Mühlbach
Geschäftsführer Fiscal Future



Verena Bentele
Präsidentin Sozialverband VdK
Deutschland

Heike Vesper
Vorständin Transformation
Politik & Wirtschaft beim WWF
Deutschland

Martin Kaiser
Vorstand Greenpeace
Deutschland



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch

Kontakt:

Klima-Allianz Deutschland

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit
030/780 899 525 / daniel.eggstein@klima-allianz.de

Deutscher Gewerkschaftsbund

Henriette Neumann, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik
030 2 40 60 510 / henriette.neumann@dgb.de